

»Das Prinzip Hoffnung reicht nicht«

Die Wirtschaft wächst wieder – die Beschäftigungsquote nicht. Niedrigere Lohnnebenkosten und die Einführung von 5-Euro-Jobs könnten dies ändern.

Von Gottfried Härle

Wie schnell sich die Zeiten doch ändern: Noch vor einem halben Jahr zeichneten Medien, Wirtschaftsforschungsinstitute, Arbeitgeberverbände und Politiker – vorzugsweise aus dem schwarz-gelben Lager – die wirtschaftliche Zukunft unseres Landes in den düstersten Farben. Heute vergeht kaum eine Woche, in der nicht das eine oder andere wirtschaftswissenschaftliche Institut seine Wachstumsprognosen nach oben korrigiert.

Was hat sich tatsächlich verändert? Die Farbe der Regierung. Die Gesichter der Minister. Die Meinung vieler Journalisten. Aber nicht – von der überfälligen Streichung einiger steuerlicher Subventionen abgesehen – die Politik. Und schon gar nicht die Tatsache, dass in Deutschland zusätzliche Beschäftigung erst dann entsteht, wenn das wirtschaftliche Wachstum deutlich über zwei Prozent liegt. Deshalb werden die prognostizierten Wachstumsraten, so sie denn tatsächlich eintreten, kaum Spuren in der Arbeitslosenstatistik hinterlassen.

»Neue Jobs entstehen in kleinen und mittleren Betrieben«

Die Hoffnung, dass unsere Beschäftigungsprobleme im wesentlichen über wirtschaftliches Wachstum zu lösen wären, wird in den nächsten Monaten zunehmen. Die Wahrscheinlichkeit, dass sich diese Hoffnung erfüllt, jedoch nicht.

Wenn es stimmt – und vieles spricht dafür – dass neue Jobs hauptsächlich in kleinen und mittleren Betrieben entstehen werden, während große Konzerne ihre Belegschaften weiter reduzieren, so sind aus meiner Sicht zwei grundlegende Reformen erforderlich: Die Absenkung der Lohnnebenkosten insbesondere im Niedriglohnbereich und die Schaffung von effizienten,

unbürokratischen Brücken aus der Langzeitarbeitslosigkeit in den ersten Arbeitsmarkt.

»Sozialabgaben müssen über Steuern finanziert werden«

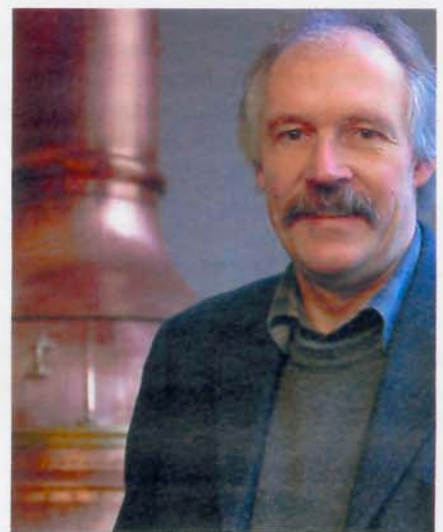
Je geringer die Produktivität einzelner Arbeitsplätze, desto höher die beschäftigungshemmende Wirkung der in den vergangenen Jahrzehnten kontinuierlich gestiegenen Lohnnebenkosten. Darin liegt einer der Hauptgründe, weshalb für die Millionen Langzeitarbeitslosen mit niedriger Qualifikation so wenig neue Jobs entstehen. Die positive Entwicklung bei den Minijobs weist den Weg zu erfolgversprechenden Reformen: Die Sozialabgaben – sowohl die Arbeitgeber- als auch die Arbeitnehmerbeiträge – für niedrig entlohnte Tätigkeiten müssen spürbar gesenkt und über Steuern finanziert werden.

Nicht nur für einige Branchen oder Personengruppen, sondern flächen-deckend. Alles andere – so auch die Kombilohnmodelle, die zur Zeit in der CDU diskutiert werden – führen zwar zu mehr Bürokratie, aber nicht zu nennenswert mehr Arbeitsplätzen.

»5-Euro-Jobs für Langzeitarbeitslose in der Privatwirtschaft«

Der zweite Reformvorschlag: Die Einführung von so genannten 5-Euro-Jobs. Jeder Betrieb sollte die Möglichkeit erhalten, einen Langzeitarbeitslosen für die Dauer von maximal fünf Monaten zu einem Stundenlohn von fünf Euro zu beschäftigen.

Erfolgt diese Anstellung im Rahmen eines Leiharbeitsverhältnisses, so sind die bürokratischen Hürden für das Unternehmen



UnternehmensGrün

Bundesverband der grünen Wirtschaft

zunächst sehr gering – was besonders kleine Betriebe zu Neueinstellungen motivieren wird. Gerade dann, wenn sich die Konjunktur aufhellt, wächst die Wahrscheinlichkeit, dass der Arbeitslose nach fünf Monaten in ein Dauerarbeitsverhältnis übernommen wird.

Eine effektivere Form der Arbeitsvermittlung ist kaum denkbar – und die Beamten der Bundesagentur für Arbeit würden spürbar entlastet.

Gottfried Härle ist Geschäftsführer der Brauerei Clemens Härle im baden-württembergischen Leutkirch und Vorstandsmitglied des Unterehmerverbands UnternehmensGrün.

Foto: UnternehmensGrün